

DER 'BÜRGERKRIEG IN DER SOZIOLOGIE'

Die westdeutsche Soziologie
zwischen Amerikanisierung und Restauration

VON JOHANNES WEYER

In vielen der in den letzten Jahren erschienenen soziologiegeschichtlichen Publikationen kann man die These von der „amerikanischen Wendung“¹ der westdeutschen Nachkriegssoziologie nachlesen, jene These, die auch schon in den 50er Jahren verbreitet war; Helmut Schelsky etwa hatte 1959 auf den „Aufschwung der empirischen Soziologie nach 1945 in Westdeutschland“ hingewiesen und ihn als einen „Missionserfolg der Soziologie der USA“² bezeichnet. Eine detaillierte Untersuchung dieser 'Amerikanisierung', vor allem der durch sie ausgelösten Theoriebildungsprozesse und institutionellen Entwicklungen, ist jedoch bisher kaum geleistet worden; weder sind die im Kontext des Re-education-Programms erfolgten Maßnahmen der US-amerikanischen Besatzungsmacht hinreichend bekannt, noch ist bisher aufgedeckt, auf welche intellektuellen und institutionellen Prädispositionen die Versuche der Umerziehung stießen und inwiefern tatsächlich ein 'Umdenken' der westdeutschen Soziologenschaft stattfand.³

Die folgende Abhandlung will nun weniger die wissenschaftspolitischen Maßnahmen der US-Besatzungsmacht beleuchten als vielmehr zeigen, wie die (unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungsmacht reetablierte) westdeutsche soziologische Scientific Community aussah,

Es wurden Archivmaterialien aus folgenden Archiven verwendet: A I = Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mannheim; A II = Archiv der Sozialforschungsstelle Dortmund.

¹ F. H. Tenbruck, Deutsche Soziologie im internationalen Kontext. Ihre Ideengeschichte und ihr Gesellschaftsbezug, in: G. Lüschen (Hrsg.), Deutsche Soziologie seit 1945, Sonderheft 21 der KZfSS. Opladen 1979, S. 74.

² H. Schelsky, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie. Düsseldorf/Köln 1959, S. 55.

³ Zur 'Amerikanisierung' und zur Entwicklung der westdeutschen Nachkriegssoziologie siehe ausführlich: J. Weyer, Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluß. Berlin 1984.

welche Kräfte in ihr wirkten (wirken konnten) und wie es dazu kam, daß schon 1950 die bundesdeutsche Soziologie von ihrer unbewältigten Vergangenheit eingeholt wurde. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht die kurz nach Kriegsende reaktivierte Ständesvertretung der westdeutschen Soziologie, die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), in der es in den 50er Jahren zu schweren Konflikten zwischen zwei rivalisierenden Fraktionen kam, die von einem maßgeblich Beteiligten als 'Bürgerkrieg in der Soziologie' bezeichnet wurden.

Die Wiederbelebung einer konservativen Soziologie

Die amerikanische Militärregierung in Deutschland hatte in den ersten Jahren nach Kriegsende restriktive Bedingungen für wissenschaftliche Aktivitäten formuliert, die sowohl militärische Forschung als auch die Förderung nationalsozialistischer Ideologien verhindern sollten. So forderte z. B. eine Bestimmung aus dem März 1947 für die Universitäten: "Research and scholarly activities of any member of the university faculty must be periodically reported through proper channels."⁴ Auch außeruniversitäre naturwissenschaftliche Forschung wurde überwacht, und zwar dem Kontrollratsgesetz Nr. 25 folgend. Für geisteswissenschaftliche Forschung bzw. wissenschaftliche Aktivitäten außerhalb der Hochschulen gab es offensichtlich seitens der amerikanischen Militärregierung keine dezidierten Bestimmungen, doch mußte die Gründung von Verbänden ebenso genehmigt werden wie Reisen zwischen den verschiedenen Zonen, so daß zumindestens die Reorganisation wissenschaftlicher Vereinigungen auch der Kontrolle der Militärregierung unterstand.

In dieser Situation konnte die 1910 gegründete und 1934 unter recht zweifelhaften, bis heute kaum geklärten Umständen stillgelegte DGS⁵ am 5. 4. 1946 wieder gegründet werden; Leopold von Wiese und Kaiserswaldau – vor 1933 bereits Funktionär der DGS und ihr erster Nachkriegspräsident – hatte die Initiative ergriffen und die Gründungsversammlung zu sich nach Bad Godesberg eingeladen. Schon im September 1946 konnte die DGS dann den ersten Soziologentag nach dem Kriege veranstalten, dessen Hauptfunktion nach von Wieses Aussage war, „zu dokumentieren, daß wir 'da sind'“.⁶ Dieser in Frankfurt abgehaltene Soziologentag – er wurde als der 8. Deutsche Soziologentag gezählt – stand unter dem

⁴ Military Government Regulations 8-335.3 Change 3 (March 1947).

⁵ Siehe dazu Weyer, a. a. O., Kap. I, Abschnitt 2.1.

⁶ L. v. Wiese, Erstes Vorwort, in: Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt a. M. Tübingen 1948, S. 5.

Motto „Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet“, das von Wiese in einem programmatischen Vortrag abhandelte. Er bezeichnete die geschichtliche Situation als „das Zeitalter allgemeiner Sklaverei“⁷, in das die Menschheit seit dem Ersten Weltkrieg versinke, und sah in der „Tyranis der letzten 25 Jahre eine Hauptschuldquelle“ (S. 29), die für diese Entwicklungen verantwortlich zu machen sei. Obwohl von Wiese sowohl das „verhängnisvolle(. . . Fortleben des uneingeschränkten-Maximums“ (S. 31) wie auch das „meist große Maß von demokratischer Freiheit“ als „Hauptursache“ (S. 30) benannte, sprach er doch andererseits von einer „Pest“, die „die Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall“ (S. 29) getroffen habe. Diese aber sei „ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag“ (ebd.).

Bezüglich der diese Variante von Gesellschaftsanalyse anleitenden Methode äußerte von Wiese sich in seinem Vortrag auf dem 8. Soziologentag ebenfalls. Er forderte, „die Soziologie von der Umklammerung durch die spekulative Geschichtsphilosophie zu befreien“ (S. 20) und an deren Stelle „die tendenzlose Beobachtung der tatsächlichen zwischenmenschlichen Beziehungen zu setzen“ (S. 39). Seine – oben skizzierten – Thesen seien in diesem Sinne „nicht das Ergebnis der Spekulation, sondern der Beobachtung“ (S. 21). Obwohl von Wiese den Anspruch formulierte: „Die Beobachtung ist die eigentliche Methode der Soziologie“ (S. 25), wandte er sich jedoch gegen einen konsequenten Positivismus, weil dieser das Innenleben der Menschen nicht erfasse und das Wesen der Dinge nicht erkennen lasse. Statt dessen empfahl er der Soziologie, „den Schritt vom Historisch-Gesellschaftlichen zum Anthropologisch-Überzeitlichen zu tun“ (S. 34). Den praktischen Nutzen einer so verstandenen Soziologie veranschaulichte er durch die Vision eines „weltlichen Vatikan(s)“ (S. 35), einer – in heutiger Terminologie – gigantischen Datenbank zur lückenlosen Erfassung sämtlicher sozialer Prozesse. Von Wiese sah in dieser Form soziologischer Beratung ein Mittel, das der politischen Praxis zu der Möglichkeit ver helfe, „das politische und wirtschaftliche Leben der Willkür der Ideologie“ (S. 36) zu entziehen und „den Machtwahn der Gruppen . . . zu brechen“ (S. 39). Für die Wissenschaft vollziehe sich damit „der Übergang von soziologischer Astrologie zur Astronomie“ (S. 36).

Es stellt sich die Frage, ob diese Soziologie von Wieses, die in den ersten Nachkriegsjahren und – mit abnehmender Tendenz – noch bis ca. 1955 richtungweisend für die DGS war, als typisch ‘amerikanisch’ bezeichnet werden kann. Entspricht sie dem gängigen Bild empirischer Sozialfor-

⁷ L. v. Wiese, Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet, in: Verhandlungen . . . , a. a. O., S. 20. Alle weiteren Zitate im Text stammen aus dieser Quelle.

schung, als deren Hilfsmittel vor allem Fragebogen und Lochkarte angesehen werden? Sicherlich nur da, wo die Vision einer sozialwissenschaftlichen Totalerfassung der Gesellschaft aufleuchtet. Trotz der ausdrücklich formulierten Absage an die Spekulation ist von Wieses Ansatz jedoch ein rein spekulativer, der sich lediglich auf selektive Beobachtungen seitens des Wissenschaftler-Individuums, nicht aber auf empirisch-soziologische Erhebungen stützt. Eine Soziologie, die gesellschaftliche Entwicklungen als „metaphysisches Geheimnis“ auffaßt und zudem den Schritt zum „Anthropologisch-Überzeitlichen“ empfiehlt, entspricht sicherlich keineswegs dem Bild einer amerikanisierten Nachkriegssoziologie.

Somit läßt sich als zu klärendes Problem die Frage festhalten, wie es möglich war, daß eine dem von Wieseschen Kurs bis auf wenige Ausnahmen verpflichtete Vereinigung die akademische Soziologie repräsentieren konnte, wieso nicht amerikanischerseits mehr Wert auf eine dem Konzept empirischer Sozialforschung verpflichtete Standesvertretung gelegt wurde. Zudem ist es durchaus merkwürdig, daß mit von Wiese ein Wissenschaftler die DGS-Führung übernahm, der – obwohl sicherlich kein aktiver Nazi – sich auf verschiedene Weise dem faschistischen Regime ange-dient hatte. 1934 schrieb er z. B. im letzten Heft der dann eingestellten Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie:

Jetzt wäre gerade auch in Deutschland die Zeit für eine kraftvoll wirkende realistische Gesellschaftslehre gekommen. Biologie, Erb- und Rassenlehre sowie politische Ethik können es nicht allein machen; ein sehr großer, der größte Teil der von der praktischen Entwicklung aufgeworfenen Fragen gehört der Soziologie an . . .

Das Unglück, das im Unterlassen und im Nicht-Tat-Werden liegt, läßt sich nicht messen und denen, die die Zusammenhänge nicht schauen können, nicht augenfällig dartun . . .⁸

Obwohl von Wiese über diese Nicht-Nutzung der Soziologie durch den Faschismus „schmerzhaft beunruhigt“⁹ war, ließ sich das politische Regime ebensowenig überzeugen wie von der 1936 aufgestellten Mahnung:

Das, was hier als Schaden gemeint ist, betrifft lediglich die Frage, ob der Aufbau des deutschen nationalen Volks- und Staatslebens die Mitarbeit der allgemeinen Soziologie entbehren kann.¹⁰

⁸ L. v. Wiese, Nach zwölf Jahren, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie (1933/34), S. 228.

⁹ Ebd.

¹⁰ L. v. Wiese, (Beitrag), in: Reine und angewandte Soziologie. Festschrift zu Tönnies' 80. Geburtstag. Leipzig 1936, zitiert nach: ders., Erstes Vorwort, a. a. O. [Anm. 6], S. 3. Auch die Äußerung aus dem Jahre 1933/34 wiederholte v. Wiese nach 1945 wörtlich, und zwar an folgender Stelle: L. v. Wiese, Nach abermals zwölf Jahren, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie (1948/49), S. 1 f.

Die Wiedergründung der DGS unter von Wieses Führung ist sicherlich u. a. darauf zurückzuführen, daß von Wiese als 'Aktivist der ersten Stunde' unermüdlich auf diese Wiedergründung hingearbeitet hatte. Dies erklärt jedoch nicht alles; ohne die massive Förderung und bereitwillige Unterstützung seiner Pläne durch maßgebliche amerikanische Besatzungsoffiziere hätte er seine Aktivitäten kaum so umfassend und wirkungsvoll entfalten können. Vermittelt wurden die schon kurz nach Kriegsende zustande gekommenen Kontakte von Wieses zu wichtigen amerikanischen Universitätsoffizieren durch Pitirim A. Sorokin, einen an der Harvard University lehrenden Soziologen, den von Wiese aus der Zeit vor 1933 kannte und mit dem er auch während des Faschismus in Verbindung geblieben war.¹¹ Sorokin, zur damaligen Zeit einer der führenden US-Soziologen, verwies seinen deutschen Freund vor allem an Edward Y. Hartshorne, der von 1936 bis 1941 Sorokins Assistent gewesen war. Hartshorne war 1943 mit der amerikanischen Armee nach Europa gekommen und wurde im Juni 1945 der für Higher Education zuständige Besatzungsoffizier in der US-Zone. Sorokin teilte von Wiese die genaue Adresse Hartshornes mit und empfahl ihm: "Try to get in contact with him. He can be very useful and would be glad to help you."¹² Es ist unzweifelhaft, daß dieses Schreiben von Wiese alle Türen bei amerikanischen Dienststellen öffnete und ihn aufgrund der Empfehlung Sorokins als kompetenten Ansprechpartner erscheinen ließ. Hartshorne nahm 1946 auf Einladung von Wieses an der Bad Godesberger Besprechung teil und wurde in der Folge einer der eifrigsten Förderer der DGS, vor allem aber der Idee eines baldmöglichst abzuhaltenden Soziologentages. Heinz Saueremann, der DGS-Schatzmeister, beschrieb dies so: „Er machte uns Mut, die Schwierigkeiten der Formalitäten nicht zu überschätzen, vorbereitende Arbeiten nicht zu überdehnen, das Wagnis eines Kongresses zu übernehmen.“¹³

Immer wieder wurde auf dem 8. Soziologentag auf die „Unterstützung“¹⁴ durch Hartshorne hingewiesen; von Wiese deutete an, daß die DGS sich „besonders auf Anraten unserer amerikanischen Freunde“¹⁵ zur Abhaltung eines Soziologentages schon im Jahre 1946 entschlossen hatte. Daß dies so kurz nach dem Kriege keine Selbstverständlichkeit war,

¹¹ Sorokin hatte 1935 auch dafür gesorgt, daß v. Wiese eine Gastprofessur an der Harvard-University wahrnehmen konnte; vgl. dazu: Weyer, a. a. O. [Anm. 3], Kap. IV, Abschnitt 4. 3.

¹² Sorokin an v. Wiese 25. 7. 1945, in: A I.

¹³ H. Saueremann, Zweites Vorwort, in: Verhandlungen . . . , a. a. O. [Anm. 6], S. 7.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ L. v. Wiese, Erstes Vorwort, a. a. O. [Anm. 6], S. 5.

Hartshornes Förderung der DGS vielmehr half, formale und politische Hürden zu nehmen, beweist ein am 31. 8. 1946 von Max Graf zu Solms (einem Marburger Soziologen und Vorstandsmitglied der DGS) an das Hessische Erziehungsministerium gerichtetes Gesuch betreffs Genehmigung der DGS. Wenige Tage vor Abhaltung des ersten Nachkriegssoziologentages und Monate nach der Gründung der DGS wurde also erst der Versuch der Legalisierung dieser Vereinigung unternommen – ein heikles Unterfangen, das sich die DGS nur leisten konnte, weil sie sich der Unterstützung durch Hartshorne gewiß war. So schreibt Solms in dem erwähnten Brief: „Der Universitätsoffizier der amerikanischen Zone Dr. Hartshorne hat sein Einverständnis bereits erteilt und tatkräftige Unterstützung der Veranstaltung versprochen.“¹⁶

Wie wichtig Hartshornes Wirken für den Wiederaufbau der DGS gewesen war, bezeugt ein Brief, den Solms wenige Tage, nachdem er von dessen Ermordung erfahren hatte, an von Wiese schrieb. Dort heißt es:

Dieser Schlag, der menschlich unser aller Teilnahme erregt, trifft auch den Plan der Tagung. Hat sich doch Dr. Hartshorne in der letzten Zeit so intensiv für die Gestaltung der Zusammenkunft eingesetzt! Was die Universitäten der amerikanischen Zone ihm zu verdanken haben, wird sicherlich auf gebührende Weise . . . gewürdigt werden.¹⁷

Daß ein Jahr später Howard P. Becker, ein amerikanischer Schüler von Wieses, den Posten Hartshornes übernahm, gewährleistete jedoch eine Kontinuität in der amerikanischen Politik gegenüber der DGS; der von Wiesesche Kurs konnte sich sowohl hinsichtlich der Organisationspolitik als auch der wissenschaftlichen Programmatik vollkommener Unterstützung von seiten der Militärregierung gewiß sein. So schrieb Becker, der mit von Wiese während des Faschismus ebenfalls in Kontakt geblieben war, am 21. 8. 1946 in bezug auf dessen Wahl zum DGS-Vorsitzenden: ". . . I know no one who in spite of temporary discouragement is better fitted to carry through into what we earnestly hope may be better times."¹⁸

Mag auch eine gewisse Portion Zufall im Spiel gewesen sein – und natürlich der freundschaftliche Rat Sorokins –, so ist doch unübersehbar, daß von Wiese wichtige Freunde und Förderer in der amerikanischen Militär-

¹⁶ Solms an das Großhessische Staatsministerium, den Hessischen Minister für Kultus u. Unterricht, Abt. Erwachsenenbildung über den Herrn Regierungspräsidenten Kassel, Abt. für Wissenschaft, Kunst u. Kirchensachen. Betr.: Genehmigung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Brief vom 31. 8. 1946 (Abschrift), in: A I.

¹⁷ Solms an v. Wiese 1. 9. 1946, in: A I. Hartshorne war im August 1946 auf der Autobahn bei Nürnberg erschossen worden.

¹⁸ Becker an v. Wiese 21. 8. 1946, in: A I.

regierung hatte und dadurch zumindest einen Informationsvorsprung bekam, der es ihm ermöglichte, die westdeutsche Soziologenschaft frühzeitig vor vollendete organisationspolitische Tatsachen zu stellen. Zu einer Zeit, als René König noch in der Schweiz war, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer noch in den USA lehrten, Helmut Schelsky noch ein 'unbeschriebenes Blatt' war, fiel es von Wiese nicht schwer, die DGS als traditionelle Gelehrtenrunde zu reetablieren, konnte er doch sicher sein, daß eine nennenswerte Opposition gegen diesen Kurs sich kaum regen würde.

Doch bleibt die Frage offen, wieso seitens der amerikanischen Besatzungsmacht ausgerechnet eine der traditionellen Soziologie verpflichtete Standesvertretung mit solch massiven Mitteln gefördert wurde. Ein Grund liegt darin, daß die Besatzungsoffiziere in den Jahren bis 1947/48, bis zur Ausformulierung einer positiven Politik bezüglich des Erziehungswesens¹⁹ einen relativ großen Spielraum für eigene Entscheidungen hatten, der es ihnen ermöglichte, auf pragmatische Weise die Lösung der anstehenden Probleme anzugehen. In dem Zwiespalt zwischen ihrer politischen Mission, an der Niederwerfung Deutschlands mitzuwirken, und ihrem Interesse an der Förderung der Wissenschaft entschieden sie sich im Zweifelsfalle für die Wissenschaft, waren sie doch selbst – so etwa Hartshorne und Becker – (Sozial-)Wissenschaftler. Hartshorne – aus der traditionellen Schule Sorokins stammend – und Becker – eher Vertreter einer (in den 20er Jahren) 'germanisierten' US-Soziologie als der empirischen Sozialforschung – verbürgten also schon als Personen, daß eine konservative, traditioneller Theorie verpflichtete Organisation sich etablieren konnte und aktive Maßnahmen zur Umerziehung der z. T. noch an Traditionen aus der Weimarer Zeit anknüpfenden westdeutschen Soziologenschaft unterblieben. Die einzige existierende Negativ-Bestimmung, ein Forschungs- oder Betätigungsverbot wegen nachgewiesener faschistischer Aktivitäten, fand in diesem Zusammenhang keine Anwendung, doch mit ihrer überhistorischen Wendung konnte die Soziologie sich außerhalb der 'Niederungen' des politischen Alltags plazieren. So wird dann auch der Ansatz von Wieses verständlich, in seinem Referat auf dem 8. Soziologentag auf übergreifende Zusammenhänge zu verweisen, die den Faschismus nur als ein Phänomen unter anderen begreifen. Zudem kam Personen wie von Wiese zugute, daß sie nie offen mit dem Faschismus zusammengearbeitet, sondern zurückgezogen ein Dasein als Privatgelehrte geführt hatten. Dies ließ sie nach 1945 unverdächtig erscheinen und machte sie geeignet für die Führung der DGS. Dabei spielte es keine

¹⁹ Zuvor gab es außer den Entnazifizierungsbestimmungen kaum bindende Regelungen; siehe dazu: Weyer, a. a. O. [Anm. 3], Kap. IV.

Rolle, daß von Wiese seine in den 20er Jahren entwickelte Beziehungslehre auch den Faschisten angedient hatte (s. o.) und nach 1945 ebenfalls als Allheilmittel gegen die Nöte der Zeit anpries. Diese Gesellschaftstheorie war so abstrakt und formal, daß sie jeglichen Entnazifizierungsbestimmungen standhielt.

Die Proklamation des 'Bürgerkriegs' (1951)

Angesichts dieser hier nur grob skizzierten Entwicklungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit mag es erstaunlich klingen, daß es in den 50er Jahren lang anhaltende Bestrebungen gab, innerhalb der Soziologie eine 'Wende nach rechts' zu vollziehen, die mit einem von Gunther Ipsen geprägten Begriff als „Bürgerkrieg in der Soziologie“²⁰ bezeichnet werden können. In diesen Auseinandersetzungen zeigte es sich, daß es innerhalb der westdeutschen Soziologenschaft relevante Kräfte gab, denen von Wieses Soziologie wie auch dessen organisationspolitischer Kurs noch wesentlich zu 'amerikanisch' waren. Ipsen schilderte die Lage 1951 folgendermaßen:

Drum lassen Sie mich nur die Gesamtlage kurz charakterisieren; bisher galt, die Regime wechseln, die Soziologie bleibt verboten. Dagegen brandet in immer neuen Wogen das amerikanische Interesse an. Das hiess zunächst, als Sinnbild gesprochen, Horkheimer und Genossen; dann: Laternensuche, mit dem Erfolg, dass Feld-Wald-und-Wiesensoziologen [Herv. J. W.] 'aufmachten'; oder aber Hochstapler ihren Job fanden. Nächste Phase: da die Amerikaner Soz. in Dtlld sehn wollen, nenne man sich Soziologe oder doch die eigne Suppe soziologisch, kurzum, man biete sich als 'Erfüllung' an . . .²¹

Doch fand Ipsen die gegenwärtige Lage günstiger als die unmittelbare Nachkriegsphase: „Irgendeine amerikanische Gefahr sehe ich dabei gar nicht mehr, das ist vorbei . . . Die Gefahr kommt aus Dtlld selbst. Und von denen, die nicht bemerkt haben, daß 1950 nicht 1945 ist.“²² Ipsen betrachtete die durch von Wiese geführte DGS also offensichtlich als eine von den Amerikanern aufgestellte 'Laterne', gegen die nun (1950/51), als ein Ende der amerikanischen Umerziehungspläne und ein Beginn des Kalten Krieges absehbar waren, verstärkt anzugehen sei. Leute wie Ipsen, Hans Freyer, K. V. Müller u. a., die durch ihr Verhalten während des Faschismus belastet waren und sich in den ersten Nachkriegsjahren wohlweislich nicht ins Rampenlicht gewagt hatten, traten nach 1950 wieder

²⁰ Stegmann an Ipsen 2. 4. 1951, in: A II.

²¹ Ipsen an v. Bülow 26. 5. 1951, in: A II.

²² Ebd.

verstärkt auf und meldeten ihren Anspruch auf Repräsentation des Faches Soziologie gegenüber der DGS an. Ein wesentlicher Schritt war die Gründung einer Gegenorganisation, wobei man sich auf das Institut International de Sociologie (IIS) stützen konnte.

Der Italiener Corrado Gini hatte 1949 in Konkurrenz zur im gleichen Jahr gegründeten International Sociological Association (ISA) die alte Gelehrten-gemeinschaft IIS reaktiviert, die bis zum Zweiten Weltkrieg die einzige und allgemein anerkannte internationale Soziologenorganisation gewesen war. Die Legitimität der IIS nach 1945 wurde jedoch von ISA-Seite wie auch von deutscher Seite erheblich angezweifelt, wobei vor allem König und später auch Helmuth Plessner politisch argumentierten. König etwa behauptete 1958, daß „der letzte [IIS-Präsident], Professor René Monier, 1944 wegen Kollaboration mit dem Nationalsozialismus abgesetzt und gleichzeitig von seinem Lehramte entpflichtet wurde“²³. Gini, der – so König – „die wenigen Überbleibsel dieses Institutes von Paris nur künstlich wieder zum Leben erweckt“²⁴ hatte, bezeichnete er als „politisch schwerstens belastet“²⁵. Plessner konkretisierte 1959 diese Argumente, indem er anhand verschiedener Belege nachwies, daß Gini „als wissenschaftlicher Exponent der faschistischen Bevölkerungspolitik in Italien aufgetreten“ war, ferner „antisemitische Hetzschriften des Dritten Reiches“ in Italien zustimmend rezensiert und „in Aufsätzen in deutscher Sprache in den Jahren 1937–44 die faschistische Bevölkerungspolitik vertreten und die krieglerische Expansion der Achsenmächte befürwortet“²⁶ hatte. Gini hatte 1949 zunächst versucht, die Gründung der ISA, die „unter amerikanischer Führung“²⁷ stand, zu verhindern, sich jedoch nicht durchsetzen können²⁸.

Die DGS war durch ihren Präsidenten von Anfang an in der ISA vertreten, was vor allem auf Königs Einfluß zurückzuführen ist.²⁹ Von Wiese – selbst ehemaliger IIS-Funktionär – hatte sich dieser Entwicklung nur

²³ König an Alfred Müller-Armack 31. 1. 1958, S. 1, in: A I.

²⁴ R. König, Der zweite Weltkongreß für Soziologie in Lüttich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie (1953/54), S. 154.

²⁵ König an Müller-Armack 31. 1. 1958, S. 1, in: A I.

²⁶ Bericht des Vorsitzenden über das Verhältnis der DGS zum sog. „Institut International de Sociologie“ im vergangenen Jahr (Göttingen, den 2. 6. 1959), Anlage 1 zum Protokoll der Mitgliederversammlung am 24. Mai 1959 in Berlin, in: KZfSS (1959), S. 570.

²⁷ L. v. Wiese, Gründung der Internationalen Gesellschaft für Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie (1949/50), S. 300.

²⁸ R. König, Leben im Widerspruch. Versuch einer intellektuellen Autobiografie. München 1980, S. 161.

²⁹ Siehe dazu Weyer, a. a. O. [Anm. 3], Kap. I, Abschnitt 2.4.

widerwillig gefügt, da sein Interesse „gleich Null“ war. So heißt es in einem Schreiben an König: „Rein sachlich gesehen, besteht keine Notwendigkeit für unsere deutsche Gesellschaft, den Anschluß zu suchen.“³⁰ Nachdem die Fakten jedoch einmal gesetzt waren, vertrat von Wiese – zumindest in der Öffentlichkeit – die ISA-Linie, etwa in einem Bericht vom 1. Weltkongreß der ISA 1950 in Zürich:

Er ist nicht zu verwechseln mit dem von Professor Gini wenige Tage vorher in Rom veranstalteten Kongreß, wobei für diesen die – meines Erachtens irri-ge – Auffassung bestimmend war, die bis Kriegsbeginn 1939 existierende Vereinigung bestehe . . . noch fort . . .³¹

Die deutschen Mitglieder des IIS verstanden diese Äußerungen als eine Provokation, auf die sie wenig später mit der Parole 'Bürgerkrieg in der Soziologie' reagierten. Denn zuvor hatten sie noch mit der Möglichkeit gerechnet, von Wiese – und damit die DGS – auf ihre Seite ziehen zu können. Von Wiese war monatelang von verschiedenen Seiten umworben worden, am 14. IIS-Kongreß 1950 in Rom teilzunehmen. Seine ambivalente Haltung verdeutlicht nichts besser als das folgende Zitat aus einem Brief an den IIS-Mitarbeiter Kurt Stegmann von Pritzwald:

Bei meiner Antwort stehe ich vor rechten Schwierigkeiten, denn ich möchte alles, was in meinen Kräften steht, vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, ich wollte aus 'Konkurrenzrücksichten' einer *guten Sache* Schwierigkeiten machen. Das liegt mir völlig fern. Aber ich *kann* mich auch leider nicht an ihr beteiligen, da ich in anderer Richtung *gebunden* bin.³²

Und in einem Brief an Gini verbindet er die Mitteilung seiner Absage mit folgenden Worten: „Gerade wer Ihren Bestrebungen *besten Erfolg* wünscht, muß von einem solchen Plan für den Herbst 1950 abraten . . .“³³ So wurde dann auch – allerdings erst nach dem IIS-Kongreß und der aktiven Teilnahme bundesdeutscher Wissenschaftler – von Wieses halbherzige Politik auf der DGS-Mitgliederversammlung in Detmold am 16./17. 10. 1950 verbandsoffiziell sanktioniert. Im Protokoll heißt es: „Als Institution ist die DGS nur der ISA angeschlossen; jedem ihrer Mitglieder steht es jedoch frei, der Einladung zu Tagungen, die von anderen Stellen veranstaltet werden, nachzukommen.“³⁴

³⁰ v. Wiese an König 22. 6. 1949, in: A I (beide Zitate).

³¹ L. v. Wiese, Der internationale Soziologenkongreß in Zürich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie (1950/51), S. 260.

³² v. Wiese an Stegmann März 1950, in: A I; Herv. J. W.

³³ v. Wiese an Gini 21. 10. 1949, in: A I; Herv. J. W.

³⁴ 1. Entwurf zum Protokoll der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 16. 10. 1950, 17 Uhr, und 17. 10., 20 Uhr in Detmold, in: A I.

Die moderate Haltung von Wieses ermutigte die IIS-Fraktion zwar, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und deutlichere organisationspolitische Fakten zu setzen; erkennbar war jedoch auch, daß eine offene Konfrontation (noch) nicht für nötig gehalten wurde, um die Ziele des IIS und seiner Mitglieder durchzusetzen. Zu der für das Frühjahr 1951 anvisierten Gründung einer Deutschen Sektion der IIS lud der im Auftrag Ginis handelnde Stegmann von Wiese wiederum ein, wobei er ausdrücklich darauf hinwies, daß „kein wissenschaftliches Konkurrenzunternehmen“ zur DGS geplant sei und eine Kooperation ratsam wäre, „damit nicht der Eindruck entsteht, daß eine internationale Spannung unsere nationale Gemeinschaft zerreißen kann“³⁵. Doch von Wiese befürchtete, daß sein Erscheinen Anlaß zu Mißdeutungen geben könne und sagte ab. Stegmann wußte die 'Absage' so zu interpretieren: „Er ist sicherlich in einer gewissen Zwickmühle. Also etwa: mehr grollender Zeus als abgeneigter!“³⁶

Die Deutsche Sektion des IIS wurde am 21./22. 4. 1951 auf einer Versammlung in Wiesbaden gegründet, die mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesinnenministerium zustande gekommen war.³⁷ Teilgenommen hatten Wilhelm Brepohl, Hans Freyer (er wurde Sprecher der Sektion), Arnold Gehlen, Gunter Ipsen, Karl Valentin Müller (er war später Generalsekretär der ISS), Helmut Schelsky (er trat der Sektion aber nicht bei), Kurt Stegmann (er wurde Sekretär der Sektion) und andere. In bezug auf die häufigen Doppelmitgliedschaften in IIS und DGS verwendet W. E. Mühlmann später den Begriff „Personal-Union“³⁸, der charakterisieren soll, daß das Verhältnis zwischen diesen beiden Organisationen zumindest auf deutscher Ebene anfangs relativ unproblematisch war.

Daß die Gründung der Deutschen Sektion jedoch auch mit der Perspektive verbunden war, langfristig grundlegende Veränderungen in der bundesdeutschen Soziologie-Landschaft zu erzielen, verdeutlichen Aussagen des 'radikalen' Flügels der Deutschen Sektion, die – wie von Ipsen formuliert – die Erfüllungsgehilfen der Amerikaner (d. h. Horkheimer, König) und die „Feld-Wald-und-Wiesensoziologen“³⁹ zurückdrängen und ihren eigenen Einfluß verstärken wollten. In dem bereits zitierten Brief Ipsens heißt es zur weiteren Vorgehensweise:

³⁵ Stegmann an v. Wiese 16. 3. 1951, in: A I.

³⁶ Stegmann an Ipsen 2. 4. 1951, in: A II. Stegmann bezieht sich in diesem Brief auf ein – nicht vorliegendes – Schreiben Ipsens, in dem dieser erstmals das Stichwort 'Bürgerkrieg' benutzte.

³⁷ Auswärtiges Amt, Bonn, an Erik Rinde, Oslo, (ISA) 4. 8. 1951, in: A I.

³⁸ Mühlmann an Plessner 8. 1. 1958, in: A I.

³⁹ Ipsen an v. Bülow 26. 5. 1951, in: A II.

Wiesbadener Kreis: Sie meinen die deutsche Sektion des internationalen Instituts. Ich war dabei, ich mache mit . . .

Unesco wollte querschneiden, Wiese ließ sich vordrücken, zog dann aber den Widerspruch zurück, wenn auch selbst abseits tretend unter Berufung auf Treuepflichten (gegen wen?) . . .

Wollte man mehr darüber sagen, müsste man den Stand des Bürgerkriegs in der Soziologie analysieren; ich glaube, das lohnt nicht . . .

Die Intention der Sektion beschränkt sich zunächst, pflichtgemäß, auf Vorbereitung für Stambul 52. Was sonst wird, hängt von den andern ab; von der Frage nämlich, ob sie Krieg wollen oder nicht . . .⁴⁰

Offensichtlich sollte die Entscheidung über eine verstärkte Konfrontation also davon abhängig gemacht werden, wie die Gegenseite sich verhielt; von Wieses unentschiedener und offener Kurs ließ also in den Augen Ipsens die Möglichkeit einer Durchsetzung der IIS-Interessen auch ohne 'Bürgerkrieg' zu. Folglich konnte das IIS – nach erfolgter Konsolidierung der organisatorischen Basis – in einer Art Wartestellung verharren und den weiteren Verlauf der Entwicklungen abwarten. Von Wieses innere Gespaltenheit war hinlänglich bekannt, und es blieb abzuwarten, ob ausgerechnet er in der Lage sein würde, das IIS zu bremsen. Von Wiese geriet nämlich aufgrund der recht teilnahmslosen Haltung der ISA in die paradoxe Situation, als Anwalt einer Organisation auftreten zu müssen, die von sich aus nichts unternahm. Der Sekretär der ISA, Erik Rinde, bezeichnete gegenüber von Wiese als Haltung der ISA, Ginis Unternehmen einfach zu ignorieren; es werde sich von alleine totlaufen.⁴¹ Von Wiese beklagte sich daraufhin bei Geiger:

Ich komme jetzt in die merkwürdige Lage, päpstlicher als der Papst und intransigenter als die Leitung der ISA zu erscheinen; aber ich halte es für eine Art Treueverpflichtung, der ich nachkommen muß . . .⁴²

Und er versuchte, via Geiger die ISA zu größerem Engagement in dieser Sache zu bewegen, indem er folgende Zeilen anfügte:

Ich glaube, daß ich nicht irre, wenn ich die Tendenzen der italienisch-deutschen Versuche als neo-faschistisch bezeichne. Diese Dinge können sich bedenklich auswachsen, wenn man sie nicht schon im Keimzustande erstickt.⁴³

Diese Passage kann eigentlich nur von König stammen, zu deutlich widerspricht sie von Wieses bisheriger Haltung; unklar muß allerdings bleiben

⁴⁰ Ebd. Gemeint ist der 15. IIS-Kongreß in Istanbul, den vorzubereiten vorrangig Aufgabe der deutschen IIS-Sektion war.

⁴¹ Rinde an v. Wiese 24. 1. 1951, in: A I.

⁴² v. Wiese an Geiger 26. 2. 1951, in: A I.

⁴³ Ebd.

– geht man von dieser Hypothese aus –, wieso der in der ISA sehr einflußreiche König seine Vorstellungen nicht unmittelbar einbrachte, sondern diesen merkwürdigen Umweg wählte. Denn ein Brief von Wieses an Freyer, in dem dieser seine Nicht-Teilnahme an der Deutschen Sektion des IIS erläutert, zeigt eine ganz andere Einstellung gegenüber den 'neofaschistischen' Kreisen. Dort bedauert von Wiese, in seiner Entscheidung „nicht frei“, vielmehr der ISA „verpflichtet“ zu sein. Und er fährt fort:

Nun wird aber von der Leitung und Geschäftsführung [der ISA, J. W.] die Gegnerschaft gegen Gini nach außen hin möglichst verhüllt, weil man die Italiener nicht kränken möchte. Die Herren haben beschlossen, Ginis Bemühungen zu ignorieren und von seinen Sonderbestrebungen keine Notiz zu nehmen. Sie sind der m. E. irrigen Meinung, er werde mit seiner internationalen Sonderorganisation Schiffbruch erleiden. Ich teile diese Ansicht nicht, finde vielmehr, daß Gini an Zähigkeit und Rührigkeit die viel zu kompliziert organisierte ISA übertrifft; er wird sich durchsetzen.

Von Wiese signalisiert Freyer zudem sein Interesse an der Deutschen Sektion und schließt den Brief mit den Worten: „... ich wünschte, ich könnte einschränkungslos 'ja' sagen.“⁴⁴

Auch von Wiese war also der Ansicht, daß die Zeit für das IIS und die es tragenden Kräfte spielen werde. Daß dies eine Fehleinschätzung war und es daher gegen Ende der 50er Jahre doch zum offenen Ausbruch des Bürgerkriegs kam, wird weiter unten beschrieben werden. Zunächst soll jedoch geklärt werden, welche Ziele die bundesdeutschen IIS-Mitglieder verfolgten und warum sie das organisationspolitische 'Hick-Hack' zwischen IIS und ISA als Vehikel für die Durchsetzung ihrer Politik benutzten.

Die 'braune' Vergangenheit der 'Bürgerkriegs'-Fraktion

Namen wie Ipsen, Freyer und Müller standen für eine Soziologie, die auch nach 1933 nicht aufgehört hatte zu arbeiten, sondern im Gegenteil während des Faschismus erst einen gewissen Aufschwung erlebt hatte; sie waren – wenn auch auf unterschiedliche und verschieden intensive Weise – Vertreter einer empirisch orientierten und auf die weltanschaulichen Grundlagen des Faschismus ausgerichteten Sozialforschung, die – so Schelsky –

innerdeutsche Voraussetzungen der Eingliederung in die 'internationalisierte' Soziologie nach 1945 längst geschaffen hatte[n], allerdings dadurch auch vor bloß

⁴⁴ v. Wiese an Freyer 5. 6. 1951, in: A I.

opportunistischen Anpassungen an die Wissenschaftspolitik insbesondere der US-amerikanischen Besatzungsmacht gefeit war[en].⁴⁵

Obwohl diese Soziologen Erfahrungen mit „industri- und betriebssoziologische[n] Enqueten“⁴⁶ bzw. mit „angewandte[r] Sozialforschung“⁴⁷ vorweisen konnten, also im Grunde 'amerikanischer' waren als die DGS-Vertreter, blieb ihnen nach 1945 die Anerkennung zunächst versagt. Sie mußten mit ansehen, wie die „Restaurierung der institutionellen Autonomie der Wissenschaft“ nach 1945 eine „Begrenzung des Personenkreises“ auf diejenigen vornahm, „die sich am unabhängigsten von den nationalsozialistischen Bestrebungen innerhalb der Wissenschaft gehalten hatten“.⁴⁸ Schelsky macht die „Ausschaltung der nationalsozialistischen Kräfte“⁴⁹ für die von ihm diagnostizierten 'Fehlentwicklungen' der westdeutschen Soziologie nach dem Kriege verantwortlich; die Gründung der Deutschen Sektion des IIS diene also offenbar dem Zweck, diese 'Fehlentwicklungen' zu korrigieren und den Kräften wieder mehr Geltung zu verschaffen, die sich wegen der politischen Entwicklung vorübergehend hatten zurückhalten müssen.

Betrachtet man den Werdegang einiger Soziologen, die – Schelskys Argumentationsgang folgend – vom Wiederaufbau der westdeutschen Nachkriegssoziologie ausgeschlossen wurden, weil sie sich im Faschismus zu stark engagiert hatten, so relativiert sich das von ihm gezeichnete Bild in gewisser Weise: Zwar waren sie vom Wiederaufbau der DGS weitgehend ausgeschlossen, doch fanden sie schon bald nach dem Krieg wieder Betätigungsfelder, von denen aus sie ihre – meist zu Beginn der 50er Jahre erfolgte – vollständige Rehabilitierung vorbereiten konnten.

Gunther Ipsen etwa, seit 1930 Professor in Leipzig, 1933 nach Königsberg und 1939 an die Reichsuniversität Wien berufen, hatte 1939 versucht, sich als 'Führer' der deutschen Soziologie zu profilieren und dem – wegen des Krieges dann ausgefallenen – IIS-Kongreß (!) in Budapest (nazi-)deutsches Profil zu geben.⁵⁰ Er wurde 1951 Abteilungsleiter an der Sozialforschungsstelle Dortmund, die zu dieser Zeit maßgeblich von der amerika-

⁴⁵ H. Schelsky, Zur Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Soziologie. Ein Brief an Rainer Lepsius, in: ders., Rückblicke eines „Anti-Soziologen“. Opladen 1981, S. 20.

⁴⁶ H. Schelsky, Lage und Aufgabe der angewandten Soziologie in Deutschland, in: Soziale Welt (1950/51), S. 6.

⁴⁷ Ebd., S. 5.

⁴⁸ Ebd., S. 6f.

⁴⁹ Ebd., S. 6.

⁵⁰ L. v. Wiese, Erstes Vorwort, a. a. O. [Anm. 6], S. 3.

nischen Rockefeller Foundation finanziert wurde.⁵¹ Dort war bereits seit 1947 Wilhelm Brepohl (ebenfalls IIS-Mitglied) tätig, der sich schon vor 1940 mit Untersuchungen über das 'minderwertige Element' im Ruhrgebiet und dessen rassische Herkunft ausgezeichnet hatte.⁵² An der Sozialforschungsstelle konnte er seine Untersuchungen ungestört fortsetzen – die Terminologie wurde leicht modifiziert – und seine Erfahrungen in empirischer Sozialforschung mit unmittelbarem Anwendungsbezug einbringen; all dies unter der Obhut einer amerikanischen Militärdiktatur und finanziert mit großen Summen amerikanischer Gelder. Gerade das Beispiel Brepohl zeigt, zieht man zum Vergleich hinzu, daß die Rückkehr Max Horkheimers aus den USA durch jahrelange Querelen verzögert wurde,⁵³ wie wenig solche Leute 'ausgeschaltet' (Schelsky) waren; sie konnten vielmehr – im Gegensatz zu den Emigranten – nach einer kurzen Wartezeit weiterarbeiten.

Einen besonders eklatanten Fall stellt der Werdegang des Wortführers des IIS in den 1958/59er Auseinandersetzungen, K. V. Müller, dar; ist er doch unwidersprochen als der „offensichtlichste Faschist“⁵⁴ der bundesdeutschen Soziologie bezeichnet worden. Seine Karriere ist so erschreckend wie symptomatisch. Müller (1896–1963) promovierte 1922 in Leipzig und arbeitete von 1927 bis 1939 als wissenschaftlicher Referent im sächsischen Ministerium für Volksbildung. Vor 1933 war er Mitglied der SPD gewesen. 1937 habilitierte er in Leipzig bei Freyer, 1938 wurde er Dozent für Bevölkerungswissenschaft und Soziologie in Leipzig, 1939 Professor in Dresden und schließlich 1940 Professor für Sozialanthropologie, Soziologie und Volksbiologie an der Deutschen Universität Prag.⁵⁵ Bereits in den 20er Jahren befaßte sich Müller „mit Fragen der Bevölke-

⁵¹ Zur Sozialforschungsstelle Dortmund siehe ausführlich: R. Schellhase, Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster (Sitz Dortmund) in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Münster 1982. Ferner: Weyer, a. a. O. [Anm. 3], Kap. III.

⁵² Siehe dazu: J. Weyer, Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935–1941) – ein Beispiel für Soziologie im Faschismus, in: Soziale Welt (1984), S. 124 ff.

⁵³ Siehe dazu u. a.: M. Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950. Frankfurt a. M. 1976, S. 329.

⁵⁴ K. Braunreuther/H. Steiner, Zur Situation der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland, in: K. Braunreuther (Hrsg.), Zur Kritik der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. Berlin 1962, S. 65.

⁵⁵ Zur Biografie Müllers siehe: Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, versch. Ausgaben; K. G. Specht, Nekrolog, in: KZfSS (1963), S. 781 ff. u. a.

rungepolitik, der äußeren und inneren Kolonisation“, wobei „seine ersten Versuche empirischer Sozialwissenschaft“⁵⁶ entstanden. Ein von Müller selbst angelegter Schrifttumsnachweis aus dem Jahre 1949⁵⁷ verschweigt nicht, daß in dieser Zeit Titel wie ›Rasse und Sozialismus‹ (1927), ›Lebensraum und Geburtenregelung‹ (1928), ›Sozialismus und Eugenik‹ (1929), ›Rassenhygiene und soziale Bedeutung‹ (1930) u. a. entstanden. Die Terminologie mag für sich sprechen. Konsequenterweise wurden diese Ansätze dann in der Zeit nach 1933. In Schriften wie ›Zur Rassen- und Gesellschaftsbiologie der Industriearbeiterschaft‹ (1935), ›Der Aufstieg des Arbeiters durch Rasse und Meisterschaft‹ (1935), ›Die Bedeutung des deutschen Blutes im Tschechentum‹ (1939), ›Die biologische Zukunft der Tschechen‹ (1943) u. a. entwickelte er ein rassistisches Programm, das die „Überlegenheit des deutschen Blutes“⁵⁸ belegen sollte und so die Ausrottung fremder Rassen wissenschaftlich legitimierte. Mit seiner Theorie der Herrenrasse – so Braunreuther/Steiner – „... (trug) Müller dazu bei, die faschistischen Welteroberungspläne und die Unterjochung fremder Völker bereits 1935 ideologisch zu 'begründen'“⁵⁹. Auch Heinz Maus, bereits 1946 als – einsamer – Kritiker der 'braunen' Vergangenheit der westdeutschen Soziologie aufgetreten, sieht dies so: „Als spräche Himmler, der Reichsführer der SS, selber, heißt es, dessen Pläne vorwegnehmend, bei Müller: ...“⁶⁰ Müllers nachträgliche Beschönigung, er habe den Begriff Rasse „im Sinne von Erbveranlagung, nicht von Systemrasse gebraucht“⁶¹, ist kaum geeignet, die schwerwiegenden Vorwürfe zu entkräften. ...

Nach dem Krieg ging Müller nach nur kurzer Pause schon 1946 wieder an die Arbeit: „Unter wirklich nicht hoffnungsträchtigen äußeren Umständen, aber mit immerwährender Förderung durch den ... niedersächsischen Kultusminister Dr. Adolf Grimme gründete er in Hannover das Institut für Begabtenforschung“⁶², das sich ab 1950 – zeitgemäß – Institut für empirische Soziologie nannte. Nicht nur die öffentliche Unterstützung, die sich in mehreren Forschungs-Großaufträgen niederschlug (s. u.), sondern auch die frühzeitige Aufnahme in die DGS im September 1949 sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu Müllers Rehabilitierung.

⁵⁶ Specht, a. a. O. [Anm. 55], S. 781.

⁵⁷ Prof. Dr. Karl Val. Müller, Abrißweiser Schrifttumsnachweis, in: A I.

⁵⁸ Braunreuther/Steiner, a. a. O. [Anm. 54], S. 65.

⁵⁹ Ebd., S. 67.

⁶⁰ H. Maus, Bericht über die Lage der Soziologie in Deutschland 1933 bis 1945, in: KZfSS (1959), S. 80.

⁶¹ K. V. Müller, Leserbrief: Soziologen distanzieren sich?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16. 8. 1958.

⁶² Specht, a. a. O. [Anm. 55], S. 782.

Daß Müller sich nicht verändert hatte, beweist schon der von ihm verwendete Briefkopf, auf dem es stets hieß: „vorm. o. ö. Professor an der Deutschen Karls-Universität in Prag“. Nach einigen erfolglosen Bewerbungen in den Jahren 1951 und 1952 trat Müller 1952 in Bamberg wieder in das akademische Leben ein, wo er u. a. die Vorlesung ›Die hauptsächlichsten Menschenrassen der Erde‹⁶³ hielt. 1955 war Müllers Rehabilitation mit seiner Berufung zum Professor für Soziologie und Sozialanthropologie an die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg abgeschlossen.

Die Kontinuität der Müllerschen ‘Sozialbiologie’ zeigen die Titel seiner Schriften und Forschungsberichte, die sich in den ersten Jahren vorwiegend mit Flüchtlingsproblemen und Schulplanungsfragen befassen. Es finden sich u. a. die Titel ›Sozialanthropologische Faktoren der industriellen Standortwahl . . .‹ (nicht veröff.), ›Schulplanung auf Grund von Begabungsstatistiken‹ (1947) bzw. die Arbeitsprojekte ›Der Zusammenhang zwischen Familiengröße, Familienzusammenhalt, sozialem Schicksal und Begabung (bzw. Schultüchtigkeit der Kinder)‹ (1952/53) und ›Das soziale Konnubium zwischen Sozialschichten und Schicksalsgruppen in der Bundesrepublik‹ (1952/53). Müller hatte seine Rassentheorie also zur Theorie der „Begabtenauslese“⁶⁴ modifiziert, ohne jedoch von seiner auch schon vor 1945 verfolgten Linie grundsätzlich abzuweichen, wenn er z. B. Begabung als biologisch bedingt ansieht. Auch die ‘Minderwertigkeit des Slawen’ schimmert in Titeln wie ›Charakterdiagramm ostdeutscher Stämme‹ (1953/54) oder ›Heimatvertriebene Jugend. Eine soziologische Studie zum Problem der Sozialtüchtigkeit der heimatvertriebenen Bevölkerung‹ (1953/54) immer wieder durch.

Zunehmend verlagerte sich der Schwerpunkt der Müllerschen Arbeit jedoch auf die Realität der ‘Industriegesellschaft’, in der er den „Zusammenhang zwischen sozialer Schichtung und Begabung“⁶⁵ ermitteln wollte. Der ehemalige Ansatz der Ungleichwertigkeit von Rassen wurde damit modifiziert und modernisiert durch die These der psychisch bedingten Ungleichwertigkeit von Klassen. Müllers einzige Wandlung nach 1945 bestand also darin, die Terminologie den neuen Gegebenheiten anzupassen (empirische Soziologie statt Volksbiologie) und nach Verlust des osteuropäischen Untersuchungsobjektes sich den Realitäten in der bundesdeutschen Wirklichkeit von Schule und Industrie zuzuwenden (Begabung statt

⁶³ Institut für empirische Soziologie Hannover/Bamberg, Arbeitsbericht 1952/53, in: A II.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ E. K. Scheuch, Forschungstätigkeit der sozialwissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik, in: KZfSS (1957), S. 342.

Rasse). Ermöglicht wurde dieser steile Wiederaufstieg Müllers durch massive Förderung seiner Arbeit von seiten verschiedener niedersächsischer und schleswig-holsteinischer Ministerien, für die er umfangreiche Untersuchungen anfertigte, deren Zweck neben dem Bedürfnis nach Planungsdaten wahrscheinlich z. T. darin bestand, Müller finanziell zu unterstützen. Der gigantische Umfang einer Schüleruntersuchung mit 300 000 Fällen legt diese Vermutung zumindest nahe.⁶⁶ Auch die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft haben Müllers Institut mitfinanziert; zudem haben verschiedene Bundesministerien Müllers Institut, vor allem aber den organisatorischen Aufbau des IIS finanziell unterstützt.⁶⁷ Besonders im Bundesinnenministerium hatte Müller Fürsprecher, die ihm in den Auseinandersetzungen der Jahre 1958/59 Rückhalt gewährten und alle Versuche Königs und der DGS, den von Müller u. a. getragenen ‘Bürgerkrieg’ zu entschärfen, zunichte machten.⁶⁸

*Die Zuspitzung des ‘Bürgerkriegs’ (1958)
und der Konflikt mit Schelsky (1959)*

Angesichts der institutionell gestärkten Position von Müller, Ipsen u. a. verwundert es nicht, daß die zweite Runde des ‘Bürgerkriegs’ schärfer verlief als die erste, konnten sich diese Kräfte doch deutlich ermuntert

⁶⁶ Specht, a. a. O. [Anm. 55], S. 782; Institut für empirische Soziologie Hannover/Bamberg, Arbeitsbericht 1953/54; M. Horkheimer, Survey of the Social Sciences in Western Germany. Washington 1952, S. 79.

⁶⁷ Müller an Ipsen 25. 8. 1951, in: A II; Auswärtiges Amt an Rinde 4. 8. 1951, in: A I; Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit 1951/52, 1952/53, 1953/54, o. O.

⁶⁸ Ein möglicher Einwand soll hier vorab entkräftet werden, nämlich: es sei ein Leichtes, am Beispiel Müllers dessen ‘braune’ Vergangenheit zu rekonstruieren; dies sei aber ein bedauernswerter, jedoch keineswegs symptomatischer Einzelfall. Dementgegen muß hier aber darauf hingewiesen werden, daß Müller nicht einer unter vielen, sondern – zumindest in der zweiten Runde des Bürgerkriegs 1958 – ‘Kopf’ des Unternehmens war und die Auseinandersetzungen maßgeblich führte und koordinierte. (Alleine die Wahl des Tagungsortes Nürnberg weist darauf hin.) Zudem war Müller seit 1954 Generalsekretär des IIS, also zweiter Mann nach Gini. Alle anderen IIS-Mitglieder haben Müller folglich zu dieser Position verholten und ihn als ihren Sprecher akzeptiert, obwohl sie hätten wissen können, wes Geistes Kind er war. Insofern ist Müller kein bedauerlicher Einzelfall – bedauert hat er, nebenbei, nie! –, sondern er steht stellvertretend für das gesamte Unternehmen ‘Bürgerkrieg’, was es gerechtfertigt erscheinen läßt, seine (wissenschafts-)politische Vergangenheit exemplarisch aufzurollen.

fühen, ihren Anspruch auf öffentliche Anerkennung und fachpolitische Repräsentation verstärkt anzumelden. Der Anlaß, der die IIS-Kreise aus der 1951 eingenommenen Wartestellung heraustreten ließ, wird durch die organisationspolitischen Vorgänge in der DGS nach 1955 markiert. Es gibt für diese These keinen unmittelbaren Beleg, doch wird sie aus den folgenden Ereignissen plausibel.

Die Hoffnung, die Zeit werde für die 'Bürgerkriegs'-Fraktion arbeiten, erwies sich nämlich als trügerisch, als offensichtlich wurde, daß mit von Wieses Rücktritt im Jahre 1955 in der bundesdeutschen Soziologie keine konservative Wende stattfand, sondern die DGS sich ein deutlich liberales Profil zulegte. Das Gespann Plessner/König, das in den Jahren nach 1955 die DGS-Politik prägte, mußte in den Augen Müllers, Ipsens u. a. das Schreckgespenst einer Köln/Frankfurter Dominanz der bundesdeutschen Soziologie entstehen lassen – eine Konstellation, die den IIS-Plänen zuwiderlief. König, der nicht nur die ISA in personam repräsentierte und sich großer internationaler Anerkennung vor allem im angloamerikanischen Raum erfreute, sondern auch mit einem dezidiert 'amerikanischen' Programm auftrat, zudem mit der Übernahme der Leitung des wichtigsten Fachorgans, der Kölner Zeitschrift für Soziologie, im Jahre 1955 seine Stellung zusätzlich stärkte, war – intern freilich – als scharfer Kritiker des „Wiedereindringens erwiesener Nationalsozialisten in den akademischen Lehrbetrieb“⁶⁹ bekannt. Plessner, der 1955 gewählte Nachfolger von Wieses als DGS-Vorsitzender, der die Öffnung der DGS für die nachrückende Soziologengeneration und ihre Entwicklung zu einem wissenschaftlichen Fachverband vorantrieb, bot als Emigrant wenig Gewähr für eine Toleranz gegenüber solchen Kräften, die wie Müller wenig bemüht waren, die Spuren ihrer Vergangenheit zu verwischen. Der einzige potentielle Gegenspieler der Plessner/König-Fraktion, Schelsky, hatte in den entscheidenden Monaten des Jahres 1955 mit einer internen 'Revolt' seine Position innerhalb der DGS zwar gestärkt, das von ihm vermutlich anvisierte Ziel, zum DGS-Vorsitzenden gewählt zu werden, jedoch knapp verfehlt; die Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der DGS zugunsten der liberalen Fraktion hatte also auch er nicht verhindern können.⁷⁰ Die Hoffnung, daß die DGS eine stärker konservative Prägung erhalten könnte, war also mit den Ereignissen des Jahres 1955 zerstoßen.

Für die Kreise um die Deutsche Sektion des IIS mußte diese Situation bedrohlich wirken, konnte man doch vor allem von König ein wesentlich schärferes Vorgehen erwarten, als man es aus von Wieses Zeiten gewohnt

⁶⁹ König, *Leben . . .*, a. a. O. [Anm. 28], S. 189.

⁷⁰ Zu Schelskys 'Palastrevolte' siehe ausführlich: Weyer, a. a. O. [Anm. 3], Kap. I, Abschnitt 3.2.1.

war. Zur Durchsetzung der eigenen Interessen mußte man also zu anderen Mitteln als den bisherigen greifen. Daraus erklären sich die 1957 einsetzenden Versuche seitens der Deutschen Sektion des IIS, die bis dahin recht unscheinbar gebliebene Organisation zu aktivieren und für eine Neuauflage des 'Bürgerkriegs in der Soziologie' zu nutzen. – Soweit die These.

Die Auseinandersetzungen entzündeten sich, als Ende 1957 bekannt wurde, daß das IIS seinen 18. Internationalen Soziologenkongreß 1958 in Nürnberg veranstalten wollte und dieses Vorhaben in deutlicher Frontstellung gegen die DGS durchgeführt wurde. Es kam im Vorfeld dieses Kongresses zu harten Kontroversen zwischen der IIS-Sektion und dem DGS-Vorstand, in denen sich aber deutlich zeigte, daß die Front quer durch die DGS verlief. Die Gefahr der Spaltung der deutschen Soziologenschaft und der Auflösung der einheitlichen Standesorganisation wurde somit immer bedrohlicher. Arnold Bergsträsser, DGS-Vorstandsmitglied, hatte sich beispielsweise im guten Glauben, nichts Anstößiges zu tun, zunächst an den Vorbereitungen des IIS-Kongresses beteiligen wollen, weswegen ihm Müller bescheinigte: „ . . . er ist glücklicherweise voll guten Willens und rechtlicher Empfindung unserer Affaire gegenüber, das ist schon viel.“ Doch Müller wußte auch, daß es nur ein 'Entweder/Oder' gab:

Hiesige Freunde machen mir immer wieder deutlich, daß es eben für einen, der sich bei uns anmeldet, ein Bekenntnis für uns und gegen Plessner/König bedeutet, und daher werden manche Angsthasen sich vor dem Kongreß noch drücken.⁷¹

Bergsträsser, dem diese klare Alternative dann deutlich wurde, entschied sich für die DGS, schlug aber eine Bereinigung der Spannungen vor, „so daß der Eindruck der Spaltung in der Öffentlichkeit vermieden wird“⁷².

Elisabeth Pfeil, enge Mitarbeiterin Ipsens an der Sozialforschungsstelle Dortmund und ebenfalls DGS-Vorstandsmitglied, sah sich zur gleichen Zeit Verdächtigungen ausgesetzt, sie wäre an der Vorbereitung des IIS-Kongresses beteiligt. Sie dementierte energisch, berief sich jedoch auf die tolerante DGS-Politik der Jahre 1950/51, die eine Teilnahme an IIS-Veranstaltungen als „Privatsache“⁷³ deklariert hatte, und warnte eindringlich davor, die bestehenden Differenzen „zum Anlaß einer wenn auch nur vorübergehenden Aufspaltung der deutschen Soziologenschaft [zu] nehmen“⁷⁴. Pfeil griff hier auf einen am 29. 9. 1951 von der DGS-Mitglieder-

⁷¹ Müller an Freyer 3. 6. 1958, in: Nachlaß Hans Freyer (Universitätsbibliothek Münster). Beide Zitate stammen aus der angegebenen Quelle.

⁷² Bergsträsser an Plessner 18. 12. 1957, in: A I.

⁷³ So lautete der Beschluß nach Schelskys Rückerinnerungen: Schelsky an Plessner 18. 11. 1957, in: A I.

⁷⁴ Pfeil an Plessner 7. 1. 1958, in: A I.

versammlung in Mainz gefaßten Beschluß zurück, in dem (anlässlich der Gründung der Deutschen Sektion des IIS) das Verhältnis der Organisationen DGS, ISA und IIS grundsätzlich festgelegt worden war. Da ein Protokoll dieser Mainzer Versammlung aber nicht auffindbar war – von Wiese hat Plessners Angaben zufolge die DGS-Akten als „Torso“⁷⁵ hinterlassen –, war man in den Jahren 1958/59 auf die recht unterschiedlichen Erinnerungen der Beteiligten angewiesen, die nun aber – je nach Standort in den Auseinandersetzungen – den Mainzer Beschluß auf ihre Weise auslegten. Von Wieses Behauptung aus dem Jahre 1958, „in Mainz regelrecht hinters Licht geführt worden“ zu sein, weil davon, „daß eine richtige deutsche Sektion der Confédération [IIS, J. W.] entstehen würde . . ., nicht im entferntesten die Rede [war]“⁷⁶, entspricht nachweislich nicht den Tatsachen, da er von Anfang an von den Plänen zur Gründung der Deutschen Sektion gewußt hat, ja sogar persönlich eingeladen worden war. Ein Brief von Wieses aus dem Jahre 1951 zeichnet wiederum ein anderes Bild; dort heißt es:

Mein Standpunkt, daß unsere Gesellschaft einzelnen Mitgliedern nicht untersagen könne, sich an Veranstaltungen des Gini-Kreises zu beteiligen, daß aber die Gründung einer deutschen Sektion des Institut International de Sociologie [sic!] und die Zugehörigkeit zu ihr mit der Mitgliedschaft bei unsrer Deutschen Gesellschaft für Soziologie solange *unvereinbar* [Herv. J. W.] sei, als zwischen Ginis Organisation und der ISA kein freundschaftliches Verhältnis besteht, ist durchaus gebilligt worden.⁷⁷

Es erscheint allerdings unglaublich, daß von Wiese diese 'harte' Linie eines Unvereinbarkeitsbeschlusses jemals ernsthaft verfochten hat. Wie der Mainzer Beschluß auch ausgesehen haben mag – Plessners Äußerung von 1958, daß „uns . . . die Unsicherheit Herrn von Wieses bei der Gründung der deutschen Sektion die Geschichte mehr oder weniger eingebrockt hat“⁷⁸, kann kaum widersprochen werden.

Aufgrund der inneren Differenzen in der DGS-Führung kam es nach langwierigen internen Verhandlungen am 8. 3. 1958 in Göttingen zu einem wenig Klarheit schaffenden DGS-Vorstandsbeschluß, der lediglich besagte, daß die DGS mit dem „geplanten Kongreß in Nürnberg nichts zu tun hat“⁷⁹. Plessner und König wichen allerdings – ganz offensichtlich im Alleingang – von dieser Linie ab und entwickelten Strategien zur Verhinderung des Kongresses. Besonders König, der – von einer dezidiert anti-

⁷⁵ Plessner an Bergsträsser 8. 1. 1958, in: A I.

⁷⁶ v. Wiese an Plessner 26. 1. 1958, in: A I.

⁷⁷ v. Wiese an Rinde 22. 10. 1951, in: A I.

⁷⁸ Plessner an König 4. 11. 1958, in: A I.

⁷⁹ Plessner an die Mitglieder der DGS 15. 3. 1958, in: A I.

faschistischen Position aus – jegliches Wiedererstarben faschistischer Tendenzen verhindern wollte, intervenierte unermüdlich sowohl in der DGS als auch bei öffentlichen Stellen, um eine Unterstützung des IIS und ein Stattfinden des geplanten Kongresses zu verhindern. Doch der Rückhalt des IIS war – besonders im Bundesinnenministerium – zu groß, als daß er sein Ziel hätte erreichen können. Andererseits konnte König auch gewisse Erfolge für sich verbuchen; so beklagte Müller sich in einem Brief an Ipsen, „daß die Holländer ungefähr alle absagen. Diese scheinen doch sehr stark von König gestempelt zu sein.“⁸⁰ Auch Ipsen sah angesichts der geringen Zahl von Anmeldungen prominenter Soziologen Probleme auf das IIS zukommen: „Einen wirklichen Erfolg würde ich in Nürnberg nur dann sehen können, wenn eine größere und gewichtigere Zahl amerikanischer Soziologen erschiene.“⁸¹ Außer Sorokin war jedoch niemand zu gewinnen, was Müller auf folgende Tatsache zurückführte: „. . . in Amerika ist die ISA und die UNESCO in einer Weise Trumpf, daß wir kaum dagegen ankommen können.“⁸²

Da es dem IIS lediglich gelang, „die Koryphäen“ von „den Randgebieten“ zu bekommen, schätzte Müller die Situation so ein: „. . . zu einem Kampf mit der DGS fehlt uns jetzt in der kurzen Vorbereitungszeit noch die Kraft und Zeit.“⁸³ Die DGS hatte also zumindest erreicht, daß dem Nürnberger Kongreß nur ein mäßiger Erfolg beschieden war und es zunächst den Anschein hatte, als habe die 'Affäre IIS' mit einem Sieg der DGS geendet. Seitens der DGS legte man sich nach der öffentlichen Eskalation des Konfliktes auch keine taktische Zurückhaltung mehr auf, sondern brachte Fakten über die faschistische Vergangenheit einiger Soziologen offen ins Spiel. So mußte Müller sich in der von ihm inszenierten 'Presseschlacht' vom August 1958 eine Aufzählung seiner wissenschaftlichen Werke aus der Zeit des Faschismus in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefallen lassen; Gini wurde dort sogar als „Theoretiker der faschistischen Bevölkerungspolitik“⁸⁴ bezeichnet. Auch in der DGS-Mitgliederversammlung am 24. 5. 1959 in Berlin, in der die Konflikte erstmals verbandsoffiziell zur Sprache kamen, wurden Tatsachen über Ginis Vergangenheit offen diskutiert (s. o.).

Schien es zunächst so, als hätte die DGS die auf sie zugetretene Bedrohung abgewehrt, so spitzte sich die Lage erheblich zu, als Schelsky, zu der

⁸⁰ Müller an Ipsen 14. 7. 1958, in: A II.

⁸¹ Ipsen an Müller 18. 7. 1958, in: A II.

⁸² Müller an Ipsen 23. 7. 1958, in: A II.

⁸³ Alle drei Zitate aus: Müller an Freyer 3. 6. 1958, in: Freyer-Nachlaß [Anm. 70].

⁸⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 5. 8. 1958.

Zeit DGS-Vorstandsmitglied, wegen seiner Bedenken gegen Königs 'harten' Kurs jedoch in einer gewissen „Abseitsstellung“⁸⁵, am 2. 4. 1959 seinen Rücktritt erklärte. Er begründete dies mit der – ihn angeblich benachteiligenden – Programmgestaltung des 14. Soziologentages 1959, doch gab er bald zu erkennen, daß dies zwar „Anlaß“ gewesen sei,

der eigentliche Grund aber lag in der nach wie vor bestehenden Verstimmung über die Haltung des Vorstandes, insbesondere der Herren König und Plessner, gegenüber der Deutschen Sektion des 'Institut International de Sociologie' anlässlich des Nürnberger Soziologenkongresses.⁸⁶

Dieser Schritt verursachte insofern ernsthafte Probleme, weil sich erstmals ein führender Repräsentant der DGS offen auf die Seite des IIS stellte. Bedrohlich mußte jedoch Schelskys Hinweis wirken, es sei nicht seine „Absicht, durch sein Verhalten die Deutsche Gesellschaft für Soziologie zu spalten, sei es auch nur in Form eines öffentlichen Übertritts zum 'Institut International de Sociologie'“⁸⁷.

Die gerade gebannte Gefahr einer Sezession war damit wieder auf dem Tisch. Zwar konnte eine Spaltung der DGS verhindert werden, doch geriet die DGS durch die andauernden organisationspolitischen Probleme in eine tiefe Identitätskrise. Sie zog sich für einige Jahre aus der Öffentlichkeit zurück – bis 1964 fand kein Soziologentag statt – und versuchte vielmehr, im internen Rahmen die bestehenden Spannungen zu überbrücken. Wie wenig in diesen Debatten aber die „unbewältigte Vergangenheit“⁸⁸ aufgearbeitet wurde, zeigt die 'Pfeffer-Affäre' in den Jahren 1961/62.

Karl-Heinz Pfeffer, der nach Schelskys Aussage „in der Tat ein überzeugter Nazi gewesen“⁸⁹ war und 1961 auf dessen Betreiben hin – gegen massive Interventionen Königs – als Professor nach Münster berufen wurde, war ein Mann, den König auf keinen Fall dulden wollte. Auf einer DGS-Vorstandssitzung Anfang 1962 versuchte König, seine Kollegen zu einem Votum gegen die Ernennung Pfeffers zu bewegen, doch erreichte er lediglich, daß der DGS-Vorstand sich kollektiv für inkompetent erklärte. Wie konfliktrichtig dieser 'Fall' wiederum war, bezeugt folgende Passage des Protokolls, die die mehrheitlich vertretene Meinung festhält, „daß in dieser Kontroverse ein zentrales Problem der deutschen Soziologie zum

⁸⁵ Müller an Freyer 3. 6. 1958, in: Freyer-Nachlaß [Anm. 70].

⁸⁶ Protokoll der DGS-Vorstandssitzung am 26. 4. 1959 in Göttingen, S. 2f., in:

A I.

⁸⁷ Ebd., S. 3.

⁸⁸ Pfeil an Plessner 25. 7. 1959, in: A I.

⁸⁹ Protokoll der Vorstandssitzung der DGS vom 4. 1. 1962 in Frankfurt a. M., S. 6, in: A I.

Ausdruck kommt, das diskutiert werden muß, um eine *Spaltung* der Deutschen Gesellschaft zu verhindern“⁹⁰.

Das Problem der unbewältigten Vergangenheit war also keineswegs erledigt – im Gegenteil. Die DGS als Standesorganisation war nicht in der Lage, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Der Konsens war zu brüchig; zudem hatte ein relevanter Teil der Profession eher ein Interesse an einer Nicht-Thematisierung der Vergangenheit, was folgende Bemerkung Königs über die Mentalität seiner Kollegen nach 1945 belegt:

Ich muß noch hinzufügen, daß es für meine Kollegen nach dem Krieg völlig rätselhaft war, warum einer freiwillig das Deutsche Reich verlassen hatte. Das war für mich die vielleicht deprimierendste Erfahrung nach dem Krieg in Köln.⁹¹

Abschließende Bemerkungen

Betrachtet man die dargestellten Entwicklungen, so ist unübersehbar, daß in den 50er Jahren eine Soziologenprofession restauriert war, in der es nur wenig fortschrittliche, dafür aber zahlreiche konservative bis faschistische Traditionen gab. Zieht man hinzu, daß in den Jahren bis 1950 – und z. T. auch noch danach – ohne Genehmigung, Förderung bzw. Finanzierung durch amerikanische Stellen (Militärregierung, Stiftungen etc.) 'nichts lief', so kommt man nicht umhin, diese Restauration u. a. als ein Produkt der amerikanischen Politik zu betrachten. Amerikanisierung der Soziologie bedeutet demnach weniger – wie zuweilen unterstellt⁹² – Fortschritt der wissenschaftstheoretischen Grundlegung (von der Geschichtsphilosophie zur empirischen Soziologie) und des politischen Konzepts (von der totalitären Diktatur zur freiheitlichen Demokratie), sondern vielmehr reibungslose Kontinuität und Auswechslung lediglich des Etiketts. Statt Rasseforschung hieß es nun Begabtenauslese (Müller) oder Industrievolkskunde (Brepohl); wichtig war jedoch die Betitelung 'empirische Soziologie'! Denn eine solchermaßen gekennzeichnete Soziologie versprach von amerikanischer Seite gefördert zu werden, auch wenn sich an Inhalten und Zielen wenig geändert hatte. Da die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht sich sehr bald nach dem Krieg von den Zielen Demokratisierung und Entnazifizierung hin zur Mobilisierung und Funktionalisierung aller Kräfte für die Globalstrategie des Antikommunismus verlagerte, spielte es spätestens seit Beginn des Kalten Krieges keine Rolle mehr, daß unter dem Vorsatz, eine empirische Sozialfor-

⁹⁰ Ebd., S. 7 (Herv. J. W.).

⁹¹ König, *Leben . . .*, a. a. O. [Anm. 28], S. 122.

⁹² Tenbruck, a. a. O. [Anm. 1], S. 84f., S. 88f.

schung zu etablieren, viele durch den Faschismus belastete Soziologen gefördert und rehabilitiert wurden. Daß diese dann das Klima des Kalten Krieges und den innenpolitischen „Ruck nach rechts“⁹³ in den 50er Jahren dazu nutzten, von gestärkter Position aus den liberalen Kräften in der Soziologie den 'Bürgerkrieg' zu erklären, erscheint kaum noch verwunderlich.

⁹³ H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik. 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2). Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 134.